

Zeitungspreis:

Bestellpreis 25.50 M. monatlich 8.50 M. ...

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Voll u. Frei' erscheint wochentlich zweimal...

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. ...

Freitag, den 14. Mai 1920

Vorwärts-Verlag S. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. ...

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Konvaleszenzliste ...

An die deutsche Beamtenschaft!

Der Reichsbeamtenbeirat der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (S. P. D.) hat auf seiner Tagung am Freitag, den 14. Mai, folgende Kundgebung erlassen:

Jahre unerhörter Leiden, die der Krieg über unser Volk und Vaterland gebracht hat, liegen hinter uns. Die Entbehrungen und Opfer, das vergossene Blut und der unerhörte Druck des überspannten imperialistisch fundierten Militarismus führten zur Novemberrevolution 1918, die das deutsche Volk zum freiesten der Welt machte...

Der Beamtenstand hat seit der Revolution weitgehende Rechte zugefallen. Neben dem Mitbestimmungsrecht in allen Fragen, die das wirtschaftliche und dienstliche Verhältnis der Beamten betreffen, hat eine grundlegende Reform der Besoldungsordnung stattgefunden...

Die Rechte der Beamtenschaft sind in der Verfassung sichergestellt und gegen früher, in bezug auf die persönliche Freiheit und den Aufstieg aller Befähigten, bedeutend erweitert. Tiefgehende Verbesserungen, insbesondere in rechtlicher Beziehung, sind durchgeführt oder noch in der Durchführung begriffen.

Beamtenrecht und Beamtenbetriebsrätegesetz haben der Erledigung, Besoldungs- und

Personalreform, die in den Grundzügen festgelegt sind, bedürfen des Ausbaus, der dem neuen Reichstag vorbehalten ist. Die dringendsten Verbesserungen haben aber auch gezeigt, in welchen unwürdigen Verhältnissen die Beamtenschaft gelebt und wie ihre Arbeitskraft in der Monarchie unter der Herrschaft der Konservativen und ihres Anhangs ausgebeutet wurde.

Der Kampf der politischen Parteien um die Seelen der Beamten hat begonnen. An ihren Taten soll Ihr sie erkennen! Empörend ist, daß diejenigen, die infolge Belämpfung jedes Verständigungsfriedens Schuld am Niedergang unseres Volkes haben, jetzt die Aufmerksamkeit von sich dadurch abzulenken versuchen, daß sie die Wahrheit entstellen und die Schuld den Schuldlosen aufbürden.

Der 6. Juni muß eine endgültige Entscheidung zwischen Monarchie und Republik, zwischen altem Obrigkeitsstaat und dem neuen freien Volksstaat bringen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (S. P. D.) ist die Vorläuferin der freien Beamten.

Die Eisenbahner und die Wahlen.

Von Theodor Kohur, M. d. R.

Die Wahlen zu dem neuen Reichstag sind in nächster Nähe gerückt. Der Aufmarsch der politischen Parteien ist vollzogen. Die Frage, ob Republik oder Monarchie wird anscheinend im kommenden Wahlkampf nur eine untergeordnete Rolle spielen. Sie dürfte durch den hinter uns liegenden Generalstreik endgültig entschieden sein.

Wenn wir auch ruhig voraussetzen dürfen, daß der gesunde Sinn den Eisenbahnern den richtigen Weg weisen wird, so erscheint es doch notwendig, an die Behandlung des Eisenbahnerpersonals in der Vergangenheit zu erinnern. Vor einigen Tagen hielt der Reichsfinanzminister Dr. Wirth in der Nationalversammlung eine Rede, in der er u. a. sagte: Wenn man über das radikale Auftreten der Eisenbahner in der Gegenwart gerichtet urteilen wolle, müsse man sich an das Unrecht erinnern, das früher an ihnen verübt worden ist.

Wenn man über das radikale Auftreten der Eisenbahner in der Gegenwart gerichtet urteilen wolle, müsse man sich an das Unrecht erinnern, das früher an ihnen verübt worden ist. In allen deutschen Ländern herrschte unbeschränkt die Bürokratie. Eine Verhandlung mit den wirtschaftlichen Verbänden der Eisenbahner zu führen, hielt man nicht für notwendig, und so unterließ man auch jede gewerkschaftliche Schulung.

Kügelichts dieser Tatsachen war es wirklich kein Wunder, daß die Eisenbahner in den Novembertagen 1918, als die alte Staatsform zusammenbrach, mit großer Begeisterung die Republik errichteten halfen, und wir dürfen heute ruhig feststellen, daß sie, von einigen höheren Beamten abgesehen, die festeste Stütze der deutschen Republik sind.

Wenn nun auch nicht alle Militärentwürfe der Eisenbahner gereift sind, so muß aber doch anerkannt und wird wahrscheinlich auch von jedem denkenden Eisenbahner eingesehen werden, daß die Republik bestrebt war, das alte an den Eisenbahnern verübte Unrecht gutzumachen.

Für die Beamten ist am 27. März das Besoldungsgesetz von der Nationalversammlung verabschiedet worden. Auch dieses Gesetz weist Mängel auf, kann die Eisenbahn-

Reichsregierung und Konferenz von Spa.

Die 'Frankfurter Zeitung' brachte eine Meldung, die von Berliner Mittagszeitungen übernommen wurde, nach der am Mittwoch in Berlin das Reichsministerium mit Ministern der einzelnen Staaten über die Konferenz von Spa und die wirtschaftlichen Unterredungen in Paris verhandelt habe.

Die Konferenz von Brüssel.

London, 14. Mai. Die Regierung teilte im Unterhaus mit, daß die Finanzkonferenz des Völkerbundes Ende Mai oder Anfang Juni in Brüssel stattfinden werde.

Russischer Gegenstoß.

Warschau, 12. Mai (Reuters). Die Streitkräfte der Bolschewisten haben, verstärkt durch Truppen aus dem Norden und Süden, am 10. Mai den Dnjestr überschritten und die polnische Stellung, die den Zugang zu Kiew schützt, angegriffen.

Die Tätigkeit der außerordentlichen Kriegsgerichte.

An zuständiger Stelle erfahren die S. P. D.: Am die aus dem Ausschreiber kommenden Beschwerden über die Tätigkeit der außerordentlichen Kriegsgerichte zu prüfen, hat sich am Donnerstag eine Kommission, zusammengesetzt aus Vertretern sämtlicher zuständigen Ressorts des Reichsministeriums des Innern, des Reichsjustizministeriums, des Reichswehrministeriums, des Preussischen Ministeriums des Innern und des Preussischen Justizministeriums, nach Münster begeben.

Die Rentenversorgung der Kriegsbeschädigten.

Würzburg, 13. Mai. (Drahtbericht.)

Die gestrige Tagung des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Hinterbliebenen und Kriegsteilnehmer brachte zunächst die Aussprache über die Rentenversorgung der Kriegsbeschädigten. — Wollsborg-Hamburg führte dazu aus: Der Krieg ist militärisch glänzend, sozialpolitisch dagegen überhaupt nicht vorbereitet gewesen.

arbeiten. Das Reichsversorgungsgesetz folgt dieser Forderung und ist in diesem Punkte die Erfüllung eines alten Wunsches der Kriegsbeschädigten. Bei voller Erwerbsunfähigkeit darf kein Unterschied zwischen den Rentenbesitzern bestehen, denn die Höchstgrenze ist immer nur ein Existenzminimum, das ohne Rücksicht auf die geistige und berufliche Vorbildung gleich zu bemessen ist.

Ein weiterer Fortschritt ist die Neuregelung der Bezüge der Hinterbliebenen, durch die den Hinterbliebenen die Möglichkeit gegeben wird, sich mit Hilfe der Rente der Erziehung ihrer Kinder zu widmen.

Schumann-Darmstadt berichtete sodann über die soziale Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene und forderte, daß namentlich in den Organen der Berufsberatung, wie in allen Fürsorgeangelegenheiten, Vertreter der Kriegsbeschädigten zugezogen werden, nicht nur als Schreibhelfer, sondern auch als Berater.

Siedlungs- und Wirtschaftsfragen und riet zur Bildung von Wirtschaftsgenossenschaften. Der Redner forderte ferner die Einrichtung von Siedlerschulen und ihren unentgeltlichen Besuch durch Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene.

Beamtinnen nicht voll befriedigt, aber es unterscheidet sich von allen früheren Befoldungsgelegenheiten dadurch, daß es der Beamtenchaft möglich gemacht wurde, in allen Phasen der Verhandlungen entscheidend mitzuwirken. Schon die Eingruppierungsfrage zeigt insofern einen großen Fortschritt, als aus 180 Befoldungsgruppen 13 geworden sind. Der Begriff „untere, mittlere und höhere Beamte“ ist verschwunden, dem Aufstieg der Tüchtigen der Weg frei gemacht. In der besonderen Betriebszulage für eine Anzahl Gruppen der Eisenbahnbeamten kommt der gefahr- und verantwortungsvolle Dienst und die rasche Kräfteabnutzung zur Anerkennung. Die Betriebszulage ist keine glückliche Lösung, aber sie erinnert den neuen Reichstag nachdrücklich daran, daß die Ansprüche des Eisenbahnpersonals auf eine günstigere Einkunftsberücksichtigung berücksichtigt werden müssen. Das Befoldungsgeleit nicht bekanntlich vor, daß die Eingruppierung bis zum 31. Oktober einer gründlichen Nachprüfung unterzogen werden muß, wobei eine Veränderung mit rückwirkender Kraft ab 1. April erfolgen soll. Das Eisenbahnpersonal darf also damit rechnen, daß das, was in den letzten Monaten heiß erstritten worden ist, doch noch in Erfüllung geht. Die Eisenbahner dürfen versichert sein, daß die Republik das größte Interesse daran hat, ein zufriedenes Personal in den Reichs- und Staatsbetrieben zu beschaffen, und sie wird aus diesem Grunde alle neuzeitlichen Erzeugnisse in wirtschaftlicher, sozialer und politischer Hinsicht sicherstellen.

Wären die Reaktionen des alten monarchischen Staates im Wahlkampf Versprechungen aller Art machen, die Eisenbahner werden sich dabei stets bewußt sein, daß das Deutschland vor dem Kriege mit allen seinen vorhandenen Reichthümern es nicht für nötig hielt, ausreichend für die wirtschaftlich schwachen zu sorgen. Die durch einen langjährigen wahnwichtigen Krieg vollständig verarmte Republik geht in der Sicherstellung der Existenzverhältnisse der Reichsbeamten und Arbeiter bis an die äußerste Grenze ihrer Leistungsfähigkeit.

Das reiche Deutschland vor dem Kriege wurde regiert von den industriell und agrarisch durchsetzten Mediziparteien. Heute haben Demokraten und Sozialdemokraten das Staatsruder in der Hand. Von den Wählern und nicht zuletzt von den Eisenbahnern hängt es ab, ob künftig die Reaktion oder die Demokratie herrschen soll. Die Entscheidung wird nach allen bisherigen Erfahrungen den Eisenbahnern nicht schwer fallen. Sie werden sich an der Wahlurne einfinden, um ihre Stimme abzugeben für die Sozialdemokratie, die noch Ausdruck der Revolution durch die Einführung des Achtstundentages und der Beamtinnen- und Arbeiterräte gezeigt hat, daß sie nicht bloß leere Worte im Munde führt, sondern daß es ihr ernst ist mit der Absicht, ihr Programm in die Tat umzusetzen.

Wilhelms Thronstühlen.

Hindenburg verleugnet Bauers Abschnungspläne.

Wie wir bereits mitteilten, hat der berüchtigte Oberst Bauer, im Weltkrieg Abteilungschef im Generalstab, dem amerikanischen Journalisten Karl v. Wiegand folgendes mitgeteilt:

Der Generalstab mußte oft um das Notwendigste betteln, und auf die blühenden Entschlüsse des Kaisers mußten wir ununterbrechlich warten. Wir konnten den Kaiser nie zu einer Entscheidung bringen. Im Januar 1918 erklärte ich Ludendorff, daß der Kaiser abgesetzt werden müsse, oder der Ausgang des Krieges sei gefährdet und drang darauf, daß diesbezügliche Schritte getan werden.

Hierzu erklärt Generalfeldmarschall v. Hindenburg in voller Uebereinstimmung mit Ludendorff im „Gannoverischen Courier“:

Ich will annehmen, daß die witzigen Äußerungen des Obersten Bauer durch wiederholte Uebersetzung entstellte und auch sonst mißverstanden worden sind. Seine Majestät der Kaiser und König hat meine Äußerungen, soweit sie außerhalb der ausschließlichen militärischen Bearbeitung lagen, stets unversichtlich

on den Reichstag weitergeleitet. Alle militärischen Entscheidungen sind von meinem allerhöchsten Kriegsherrn stets ohne die geringste Verzögerung getroffen worden. Von einer Abschnung seiner Majestät ist im Generalstab nie gesprochen worden. Niemand ist mit einer hierauf bezüglichen Erklärung an mich oder an den Generalquartiermeister herantreten. Ihm wäre sofort die Tür gewiesen worden.

Daß Hindenburg persönlich von den Plänen des Obersten Bauer nichts gewußt hat, glauben wir gern. Andererseits ist von keinem der Beteiligten die richtige Wiedergabe des Wiegandschen Interviews bestritten worden. Es ist auch nicht anzunehmen, daß Oberst Bauer sich ganz grundlos dieser Abschnungspläne gerühmt hat, wie sie übrigens nicht nur von ihm gesponnen, sondern auch in manchem Offiziers-Kasino ganz offen erörtert wurden.

Hindenburg sagt ferner in der Einleitung seiner Erklärung, daß er diese „in voller Uebereinstimmung mit Ludendorff“ abgebe. Da von Bauer ausdrücklich Ludendorff und nicht Hindenburg als derjenige genannt worden ist, dem er seine Pläne mitgeteilt habe, so hätte man eigentlich erwarten dürfen, daß Ludendorff, nicht Hindenburg, sich zunächst geäußert hätte. Aber es ist ja nicht das erste Mal, daß Ludendorff die Person Hindenburgs in kritischen Situationen als Deckung vorschreibt. Er läßt Hindenburg reden — er selber säuselt und hat nachher nichts gesagt.

Kappisten in Ostpreußen.

Zur Beförderung zugelassener Glückwunschtelegramme.

Am zweiten oder dritten Tage der Kappherrschaft lieferte der Seminarbibliothekar Fürstenau in Ragnit ein Telegramm an Kapp auf, in welchem er ihn zum guten Gelingen seines Putschs beglückwünschte. Neben Verunglimpfungen der verfassungsmäßigen Regierung enthielt das Telegramm auch die Versicherung, daß man nun doch wieder als Deutscher leben könne. Da Glückwunschtelegramme allgemein nicht mehr befördert werden, lehnte der Postbeamte die Annahme des Telegramms ab. Der Seminarbibliothekar gab sich damit nicht zufrieden. Es wurde deshalb telephonisch bei der Ober-Postdirektion in Gumbinnen angefragt, was geschehen soll. Der Beamte der Ober-Postdirektion entschied, daß das Telegramm kein Glückwunschtelegramm sei und deshalb befördert werden müsse!

Wir richteten an den preussischen Kultusminister Genosse Gaenisch und den Reichspostminister Wiesberts die Frage, wie sie über diesen Fall denken. Interessant ist es, daß der Vorgänger des Seminarbibliothekars Fürstenau auf Betreiben der konservativen Clique J. J. wegen seiner Stellungnahme für die fortschrittliche Volkspartei durch Strafvernehmung gemahregelt wurde. Ragnit liegt in dem ostpreussischen Wahlkreis des Herrn Kapp.

Das Originaltelegramm des Seminarbibliothekars Fürstenau dürfte zur Zeit bei der Ober-Postdirektion in Gumbinnen liegen. Es wird mit leichster Mühe zu finden sein. Ueberhaupt erscheint es für die Unterfuchung der Vorgänge notwendig, daß Telegramme an und von verdächtigen Personen oder Organisationen nachgeprüft werden. Dies gilt ganz besonders von dem Ostpreussischen Heimatsdienst — nicht zu verwechseln mit der Zentrale für Heimatsdienst —, der in Ostpreußen eine ganz intensive reaktionäre Propaganda entfaltet. Dieser Heimatsdienst, an dessen Spitze als sein Ehrenvorsitzender Herr — Kapp stand, hat „als es losging“ an seine Vertrauensleute, u. a. auch an den Prorektor Jankuhn in Ragnit, Telegramme mit sehr verhängnisvollen Inhalt geschickt. Daß hier hineingeleistet wird, ist unbedingt erforderlich. Die Post wird sich natürlich hinter der Wahrung des Telegraphengeheimnisses verschangen, und die Telegramme freiwillig nicht herausgeben. Es ist deshalb Pflicht des Oberreichsanwalts für all diese Fälle die Beschlagnahme derartiger Sendungen und Telegramme auszusprechen. Wir erleben es sonst, daß Einrichtungen desselben Staats, den Verbrecher haben ins Verderben stürzen wollen, über diese schwebend die Hand halten.

Die Verfassung für Thüringen angenommen. Der Volkstrot von Thüringen nahm endgültig mit allen gegen zwei Stimmen der Rechten die Verfassung für das Land Thüringen an.

Durch die Drahtverhaue des Lebens.

Aus dem Werdegang eines Klassenbewußten Arbeiters.

Nicht alle vom Leben schlechtmög ist bei dem Vergleichsbild gesprochen, das die Ueberschrift dieser Zeilen nennt, sondern vom Leben des Proletariats, der sich aus dumpfen Gefangensein in der klerikalen Anstalten zum Klassenbewußtsein durchfindet. Das letztgenannte, dem dieser Weg eine in allen Gliedern feste innere Wandlung seines Fühlens und Denkens bedeutet, den alten Adam kampflöslich abstreifen können? Es gab ja noch unsere neunten November gar manchen, der jah einen ihm neuen politischen Glauben anzog. Aber wie mancher hat in jenen Tagen des Gewand oberwärts gewechselt! Es war eben nicht Ausdruck eines inneren Wandels. Was der Mensch an Stimmungen jah zuwege bringt, kann zwar zu großen Wirkungen nach außen führen und entbehrt dennoch des tiefsten persönlichen Wertes. Es kann allenfalls der Anfang eines Umgestaltens werden, hat also den schweren Weg noch ganz vor sich. Angewählte erfahren in diesen Jahren der Revolution, was das heißt. In jener Zeit ist ein Aengzender feilscher Kräfte geworden. So aber, sollte man meinen, müsse überall ein rotes Antlitz stehen, wenn ein Proletarier niederkniet, wie er durch das Gewirr und Geruch beschatteter Schlingen sich in freies Feld durchkämpfte.

Solch eine Klüftung gibt nun der Genosse Wilhelm Reime, der als Weber aus dem Kreisfeld Gebiet zum Sozialismus gelangte, in thüringischen Gewerkschaftsdiensten wirkte, Wandrerredner des zentralen Bildungsausschusses der Sozialdemokratischen Partei wurde und schließlich während des Krieges, nach Alfred Reimlings Abgang zur Front, der ein Weg in den Tod sein sollte, als Sekretär der Reichsorganisationsfraktion seine Kräfte waltete. Im Dresdener Verlag von Kaden u. Co. ist das Buchlein seiner Erinnerungen herausgegeben: „Durch die Drahtverhaue des Lebens.“ Eine Aufschrift also, die ein zerrendes Ringen vor die Augen stellt. Doch mit dem ersten Blat des Buches fühlt man, daß in diesem Lebenskampf ein drängendes Ringen schmerzhaft hinausdräumender Naturstimmlichkeit ist, und dieser Gemütszustand hat dem Buche schließlich die besondere Fassung gegeben. Man muß das Wort erwähnen, weil es wesentlich ist. Hier ist ein Mensch, der aus dörflicher Heimat in den proletarischen großen Parteienkampf hinausgelangt und dem in der leuchten Welt unverweilt fortgerannt und weiteraus, was Schmate seiner Kindheit war. In Tischbesprechungen lebt sich in der auf, naturgemäß. In Bildern niederdeutscher, holsteinischer Landschaft, voll Heimatlieblichkeit, der kleinlichen Dinge froh und deshalb schön und weit. In dieser Empfänglichkeit, diesem frohweiden Durchgenassten atmet Jugendsehnen, wie sich in vorrückenden Jahren in tieferem Verstehen des einmal Gewesenen dem Ger-

gen irgendwie heraufmedel. Dieses Verleben hob nun aber auch das Erinnerung empur, was das Wohlwille des Buches sein soll und ist: den Weg vom Rinde zum denkenden, kämpfenden proletarischen Mannestum, dem sich der Sinn der neuen Zeit erschließt.

Was das Buch über dieses Stimmungsweesen hinaus für viele anziehend machen wird, ist sein besonderer Fall geistigen Freiwerdens. Das elterliche Heim Reimes ist ein der häßlich gebauten Häuschen, wie sie mit den Fabrikschloten aufstiegen, als ihre Trabanten schwarz. Im Kreisfeldischen führte sie der Siegeszug des mechanischen Sammelclubs seit etwa 1870 mit sich. Der Vater ist Fabrikarbeiter, kam an vierzig Jahre in dem Bau und hat ihn nimmermüde und in tausend Fertigkeiten zur Selbsthilfe gelehrt zu wohllichem Wohl werden lassen. Er kam aus Feldarbeiterblut und hat allländische Art, in allen Dingen eigener Handwerker zu sein, gerbt. Anders ist auch seinem Heim, in dem von Morgengrauen bis Mitternacht die Spinnmaschine läuft, kein Halt möglich, und früh müssen die Kinder zugreifen. Das Bild dieses Mannes ist sehr bezeichnend, und das ist charakteristisch gesagt, hängt unverlembar zusammen mit einem Gefühl stärksten Wurzelns in eben dieser Art. In Reimes selbst ist dieser praktisch Stein um Stein bauernde Sinn und dieses ruhige Ausbarren und eigene silbe Prüfen. Doch er gelangt auf die Straße einer neuen Generation. Wenn sein Vater das Heimatdorf verließ und dreißig Stunden weiter einmüdete, so trägt ihn, den Sohn, können und Wollen aus der stillen Enge in die brausende große Welt. Der Vater hielt jahrgelmselung in demselben Fabrikbetriebe aus bis zur Invalidität, den Sohn trifft das Los des Arbeiters, der in Lohnkämpfen die Fische zu fassen hat: ein Dasein voll Unruhe tut sich ihm auf. Bei den Eltern findet ein ärmlich pfennigfürgend hingelebtes Dasein seine Verurteilungen noch in einer älterer fortwirkenden Religiosität, bei dem Sohne wird eben diese der Punkt, in dem die Kräfte der Zeit ansetzt.

Die sozialistischen Ideen, die in das Kreisfeld Dorf eubringen, lösen zunächst und in langer Pauer in den Köpfen und Herzen bedenkenswerte Auseinandersetzungen mit Kirche und Glauben aus. Alles andere, was das Denken des Klassenbewußten Proletariats bezeichnend, kommt erst viel später. Was Reimes über diese Zeit seines geistigen Freiwerdens berichtet, ist sehr bemerkenswert. Hier erleben wir einen typischen Fall dieser Ablösung einer jahrbundertlang eingewurzeltten Nacht. Von einer kleinen Gruppe, bei den „Gingehenden“ natürlich über angegriffenen Sozialisten breitet der neue Geist sich in stillem Wachsen aus, einzelne tragen sie in Familien, Söhne setzten den Geist mit Vätern und Müttern aus. Aus welchem Boden dieser Sozialismus anfangs seine Kraft zog, zeigt sich in Reimes' Worten: „Ich lieh mich lehren von dem naturhaften Gefühl, daß es Pflicht sei, gegen das Unrecht zu kämpfen, das ich erkannte, und dies Gefühl brachte ich in Einklang mit dem Wesen meines eingewachsenen religiösen Gutes, das in mir lebte,

Demokratie und Klassenkampf.

In der demokratischen Zeitschrift „Die Hilfe“ hob kürzlich Gertrud Bäumer die inneren Schwierigkeiten in der Sozialdemokratie hervor und betrat den Standpunkt, daß das Festhalten am Klassenkampfgedanken unvereinbar sei mit gleichzeitiger Anerkennung der Demokratie.

Im Grunde liegt in diesem Widerspruch die ganze Problematik sozialdemokratischer Staatsführung. Die Arbeiter-schaft — die industrielle und die Landarbeiterschaft — ist eine Minorität in deutschen Volks und wird eine Minorität bleiben. Ihre Klassenpolitik kann in einem demokratischen Staat nie die Staatspolitik werden. Darauf hätte die Sozialdemokratie sich jetzt einzustellen. Und das magt sie nicht zu tun.

So viel Sätze, so viel Irrtümer. Die Ausführungen beweisen, daß Gertrud Bäumer — und wie sie so die Mehrzahl der Sozialdemokratischen Partei — für den Klassenkampfgedanken nicht das mindeste Verständnis haben. Demokratie ist ein politisches Prinzip, der Klassenkampfgedanke Erkenntnis des geschichtlich-ökonomischen Zerfalls. Im Kampf der Klassen aber ist die Erringung der politischen Demokratie eine unumgängliche Notwendigkeit, um die proletarische Klasse zum Sieg zu führen. Demokratie und Klassenkampf schließen also einander nicht aus, sondern befragen sich gegenseitig im höchsten Maße. Der Klassenkampf wird — auch das übersehen alle bürgerlichen Parteien — nicht zur Begründung einer neuen Klassenherrschaft, der proletarischen nämlich, geführt, sondern er hat als Ziel gerade die Ueberwindung und Aufhebung jeglicher Klassenherrschaft. Jede andersartige Auslegung, als sehe sich der Klassenkampf diktorische Klassenziele, ist entweder auf ein gänzlichliches Mißverstehen dieses sozialdemokratischen Grundprinzips zurückzuführen — und dann sollte man lieber darüber schweigen — oder aber die falsche Auslegung geschieht zum Zwecke politischer Agitation, die infolge ihrer bewußten Irreführung in sich selbst zusammenbrechen muß.

Judenheße als Wahlpropaganda.

In den Häusern Charlottenburgs waren dieser Tage in schwarz-weiß-roter Aufmachung folgende Verschen angeschlagen:

Schmäh der Erste.

Sinter allem, was sich tut,
heutzutage steht ein Jud.
Und in jedes Amtes mitten
hocken heut Isracliten.
Unsre Meinung höchst profaisch
machen Leute, die mosaisch.
Statt der Freiheit — immer näher
rückt die Herrschaft der Hebräer!

Die Herren Krentz, Fugdan und Stresemann von der Deutschen Volkspartei werden über diese „Aufklärungsarbeit“ der deutschnationalen Schwesterpartei schwerlich besonders enttäuscht sein. Sie richtet sich, höchst unabweislich, geradewegs gegen sie und ihre verwandtschaftlichen Beziehungen. Aber, von diesem mehr familiären Detail abgesehen, muß man es im Interesse Deutschlands bedauern, daß der Wahlkampf von einer gewissen Seite auf so niedrigem Niveau geführt wird, daß vor den Augen der Welt der mittelalterliche und christliche Geist der Judenheße in Deutschland noch so offen umhergeht. Welches Schauspiel würde man erleben, wenn diese Leute jemals wieder zur Macht gelangten!

Wie lange noch?

Der Gefreite Jütiner von der leichten Punitionskolonne des Art.-Regt. 8 in Neudorf bei Potsdam ist am 7. Mai durch den Hauptmann von Oerzen ohne Kündigungsfrist entlassen worden, weil er als Mitglied der Republikanischen Führerbundes Jahlabstimmte an die übrigen Mitglieder des Bundes innerhalb der Kaserne verteilt hat.

Wo bleibt der versprochene Schutz des Reichswehrministers?

trop der Kirchengewerkschaft.“ Die feindliche Haltung der Kirche beim Einzug der Gewerkschaften auf soziale Land erweist sich als sehr klärend in der Ungewissheit, wozu man sich zu stellen habe: zur Kirche oder zum Sozialismus? Schließlich führt eines Tages ein nebenwärtliches Vorkommnis Reimes zu dem kurzen Entschluß, alle rechnungstragende Halbheit fortan für immer abzutun: ein Zeichen, daß die volle Reife schon erreicht hat.

Diese Vorgänge fallen in die neunziger Jahre. Vielen, die im ländlichen Osten aufwuchsen, wird die Entwicklung ähnlich verlaufen sein wie dem in diesem Buch geschilderten Leben. Darin aber besteht das Klüßliche und Gute dieser Erinnerungen, daß sie den menschlichen Wert dessen, was sich da in engen Kreisen des Persönlichen abgepielt hat, zeigen. Denn so eben nähert es sich dem Erleben vieler an und wird manchen Fragen weihen, die er sich selbst nie gestellt oder die er sich nie recht beantworten konnte. zd.

Gluckens Buch über die Relativitätstheorie wird als eines der ersten wissenschaftlichen Bücher nach dem Kriege demnachst in englischer Uebersetzung erscheinen. Dem Buch wird ein Bild Einsteins nach der neuen Zeichnung von Hermann Strud beigegeben werden.

Karl Storck, der verdiente Kunstschriftsteller, ist in Stuttgart, 47 Jahre alt, gestorben. Er gab die Briefe unserer großen deutschen Komponisten heraus, nähte der bekannten vollständigen Sammlung „Bücher der Welt-heit und Schönheit“ sehr und wolle jahrelang als Redakteur am „Stürmer“ mit.

Chinesische Verleger geben sich die größte Mühe, die Ablehnung von eingepfandten Manuskripten in die denkbar artigste Form zu kleiden. So lautete (allerdings nach dem „Litt-Bits“) ein Begleitschreiben der Zeitung „Tsin-Poo“ folgendermaßen: „Hochgeehrter Bruder der Sonne und des Mondes. — Euer Sklave verniegt sich tief vor Euch. Ich lässe die Erde vor Euren Füßen und bitte um die Erlaubnis zu leben und zu reden. Euer wertiges Manuskript hat gerucht keinen Klang auf unsere Augen zu werfen. Wir haben es mit Entzücken gelesen. Wie zuvor begnadeten wir solchem Geist, solchem Patos, solchem Wissen. Bitternd senden wir Euch das Manuskript zurück. Würden wir wagen, es zu veröffentlichen, so würde der Präsident den Befehl ertönen. Ihr Juvet fortan zum Ruher zu nehmen und nichts zu drucken, was demselben nicht ebenbürtig wäre. Unsere langjährige Erfahrung hat uns aber gelehrt, daß solche Verlehen nur einmal in tausend Jahren hervorgerbracht werden können. Aus diesem Grunde müssen wir Euch das kostbare Manuskript zurücksenden. Wir erziehen Eure Verzeigung und stiften Euch zu Pfühen.“

Theater. Im Deutschen Overhaus findet am 20. Mai die Eröffnung von „Tosca“ statt. Am 21. und 22. Mai Parfissal-Aufführungen. In den Wochentagen „Tosca“ und „Die Fledermaus“. Kartenverkauf beginnt am 14. Mai.

Mag. Piebemann hat jetzt das Bildnis von Siegfried Dohs in Stahlreliefarbeit radirt.

Der Wahlkampf.

Das Bild als Verleumder.

Unter diesem Titel hat während des Krieges der „Kunstwart“-Herausgeber Avenarius eine Schrift erscheinen lassen, um durch verleumderische bildliche Darstellungen Deutschland und die Deutschen verächtlich zu machen. Avenarius hat besonders einen Trick gezeichnet, der darin besteht, daß ein gefälschter Zeichner der an sich porträthähnlichen Darstellung einer bekannten Person (Wilhelms, Hindenburgs usw.) durch ganz winzige Veränderungen einen abstoßenden und gemeinen Gesichtsausdruck verleiht. Bei einiger Fertigkeit ist es möglich, auf diese Weise jedem Gesicht den Ausdruck der Grausamkeit, des Hyänenus usw. zu geben. Avenarius schreibt am Schluß seines Buches, daß er ähnliche raffinierte Methoden der Bildfälschung auf deutscher Seite nicht habe finden können.

Avenarius wird dieses Urteil berichtigen müssen. Denn die Deutschnationalen arbeiten im Wahlkampf weder mit den von ihm gezeichneten Mitteln. Ein sicherer Dietrich Eckardt in München läßt unter dem Titel „Auf gut Deutsch“ Hefte erlassen, die ganz der antisemitischen Gebe durch das Mittel der bildlichen Verleumdung gewidmet sind. Es werden dort die Porträtköpfe von Juden gebracht, die angeblich Deutschland regieren sollen. Der Gesichtsausdruck der Dargestellten ist nach der oben gekennzeichneten Fälschermethode in das Widerliche und Lächerliche verzerrt. Dabei ist übrigens zu bemerken, daß dieses Heft selber die Behauptung widerlegt, daß Deutschland von Juden regiert werde, denn um nur 48 Porträts zusammenzubringen, muß der Verfasser fast ausschließlich zu Leuten greifen, die teils in der legalen Regierung nie gewesen sind, teils ganz untergeordnete Stellen innehaben.

Es ist charakteristisch, daß die Deutschnationalen für den Wahlkampf im eigenen Lande sich der gleichen Methoden bedienen, von denen sie noch vor kurzem schrieben, daß nur die gemeine Gesinnung unserer Feinde ihrer fähig gewesen wäre. Bei ihnen selber ist's natürlich ganz was anderes!

Feststellung.

In ihrer Nummer vom 8. Mai hatte die „Freiheit“ von meinem Aufschlagsbrief an die Sozialistische Reichsliste Notiz genommen und eine Bemerkung daran geknüpft, die einen Wogenstoß konstruierte zwischen der Tatsache, daß ich einer der Begründer der Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie gewesen bin, und meiner Stellungnahme im gegenwärtigen Wahlkampf. „Jetzt hat Bernstein“, hieß es da, „keinen größeren Ehrgeiz, als die Unabhängige Sozialdemokratie zu belächeln.“

Ich habe darauf unter dem 8. d. M. in einem Brief an die „Freiheit“ folgendes geantwortet (ich zitiere nach dem Gedächtnis):

1. Die „Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie“ hat es niemals für ihre Aufgabe betrachtet, Meinungsverschiedenheiten der sozialdemokratischen Fraktionen zu verwickeln, vielmehr in ihrem Statut es als eine ihrer Aufgaben bezeichnet, durch sachliche Diskussionen zur Verständigung über diese Meinungsverschiedenheiten beizutragen.

2. Dem Brief an meine Breslauer Parteigenossen war vor- ausgegangen ein von Heinrich Ströbel und meiner Wenigkeit unterzeichnetes Schreiben an die Parteileitungen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen, worin wir ihnen im Auftrage der Leitung der Zentralstelle die Vermittlung dieser Angelegenheit für die Herbeiführung einer gemeinsamen Front im bevorstehenden Wahlkampf und um eine Unterredung zu diesem Zwecke nachsuchten. Dieser Vorschlag ist vom Genossen W. Dittmann, als Ströbel zunächst mit diesem mündlich darüber sprach, sofort als aussichtslos bezeichnet worden, welches Urteil Dittmanns durch die Kundgebung der Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratie in der „Freiheit“ vom 24. April der Sache noch die schärfste Befähigung erfahren hat, und schließlich ist uns durch ein Schreiben des Genossen Dittmanns der gleiche Bescheid und eine Besprechung als zwecklos bezeichnet worden.

3. Wenn die „Freiheit“ schreibt, daß ich jetzt keinen größeren Ehrgeiz kenne als (siehe oben), so habe ich darauf zu erwidern, daß ich innerhalb der Sozialdemokratie keine Organisation, sondern eine Politik beämpfe. Was mein wirklicher Ehrgeiz sei, werde jemand, der mich kenne und doch jenen Satz schreiben konnte, nie begreifen.

Soweit mein Brief an die „Freiheit“. Da er in dieser nicht abgedruckt ist, sehe ich mich veranlaßt, seinen Inhalt hier bekanntzugeben. Er gilt nun auch für eine andere Adresse. Hinzugefügt sei, daß, nachdem die beiden Parteien getrennt in den Kampf eingetreten sind und sich den Einfluß auf die Wähler streitig machen, es nach meiner Ansicht kein sichereres Mittel gibt, ihm einen möglichst sachlichen Charakter zu sichern, als ihn auf die große grundsätzliche Frage zurückzuführen. Die heute zwischen den Sozialdemokraten zur Entscheidung steht, nämlich auf die Frage der Stellung zur Befestigung und den Ausbau der demokratischen Republik und der Arbeiterbestimmungen, welche grundlegende Bedeutung diese Frage für die freiheitliche Entwicklung Deutschlands und die Überwindung der Schwierigkeiten hat, die heute selbst die radikalste Wirtschaftskrise zur Wirkungslosigkeit, wenn nicht Schlimmerem verdammen.

12. Mai 1920.

Ed. Bernstein.

Die sozialdemokratische Reichsliste ist gestern von der Kommission, die zu diesem Zweck von der Reichskonferenz gewählt wurde, fertiggestellt worden. Ihre Veröffentlichung wird erfolgen, sobald die Zustimmungserklärungen der in Aussicht genommenen Kandidaten vorliegen.

Die Reichsliste der S. P. D. Der Parteitag der S. P. D. hat beschlossen, folgende Reichsliste zusammenzustellen: Max Jellin, Sillenbuch b. Stuttgart; Dr. Paul Levi, Frankfurt am Main; Wilhelm Pies, Berlin-Steglitz; Fritz Hedert, Chemnitz; Paul Lange, Berlin-Dahlem; Rolf Wolfstein, Karlsruhe; Dr. Ernst Meier, Berlin-Steglitz; Hugo Werlein, Berlin-Niederschlesien; Paul Fröhlich, Bremen; Edwin Hönl, Stuttgart; Friedrich Schnellbacher, Hanau; Georg Schumann, Leipzig-Kleinbowitz; Felix Schmidt, Hannover; Karl Schulz, Steinhilber; Axel Mai, Berlin; Hugo Wenzel, Bismarck-Wald; Wilhelm Düwell, Dagebüll; Jacob Walcher, Stuttgart.

auf die schon im „Vorwärts“ erwähnten Schwierigkeiten und Gefahren hin, die für den Wohnungsverband und für die Bevölkerung Groß-Berlins entstehen würden, wenn die Zuschüsse vom Reich ausblieben. Die Wohnungsnot sei hier doch durch den starken Zustrom von Flüchtlingfamilien noch verschärft worden, für deren Unterbringung das Reich zu sorgen hätte. Im vorigen Jahr zogen in Groß-Berlin täglich 60-100 solcher Familien zu, jetzt sind es sogar 140 Familien pro Tag. Die sieben letzten Monate brachten uns aus dem polnisch gewordenen Gebiet über 16 000 Familien, darunter 8 800 Familien von Beamten. In 1919 wurden für 12 000 Mietwohnungen und 4 000 Dauerwohnungen, zusammen 16 000 neue Wohnungen 160 Millionen Mark Zuschüsse durch den Wohnungsverband geleistet. In 1920 werden, obwohl nur 8 000 Mietwohnungen und 4 000 Dauerwohnungen, zusammen 12 000 Wohnungen in Aussicht genommen sind, 250 Millionen Mark Zuschüsse geleistet werden müssen. Von diesen Beträgen sind drei Viertel vom Reich, ein Viertel von den Gemeinden aufzubringen. Können das Reich, schloß Deuster, die Mittel nicht hergeben, so müsse eine Biersteuer eingeführt und ihr Ertrag zu Baukostenzuschüssen verwendet werden.

Die Ehrenämter im neuen Berlin. Der Berliner Magistrat Dr. Curt Riess, einer der Mitbegründer des am 27. April von der Preussischen Landesversammlung beschlossenen Gesetzes über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin, nimmt im Leiter der lehrerlosen „kommunalen Praxis“ (Nr. 20) Stellung zu dem von den Reichsparteien erhobenen Vorwurf, daß das Gesetz Tausende von den bisher ehrenamtlich tätig gewesenem Bürgern von der ihnen liebgewordenen und mit Erfolg von ihnen ausgeübten Tätigkeit im Dienste ihrer Vaterstadt ausschleife. Dr. Riess schreibt: „Zunächst sei darauf hingewiesen, daß bei weitem der größte Teil der ehrenamtlich tätigen Personen nicht in den Gemeindevertretungen (und Gemeindevorständen), sondern in anderen kommunalen Ämtern tätig war, z. B. als Bezirksvorsteher, Schiedsmänner, im Armen-, Schul- und Steuerwesen usw. Hier wird voraussichtlich in Zukunft keine geringere Betätigungsmöglichkeit vorhanden sein als bisher. Im übrigen sind aber in den 21 größten Gemeinden (mit mehr als 20 000 Einwohnern) gegenwärtig nicht mehr als etwa 1 000 Gemeindevorsteher tätig. Stellt man demgegenüber fest, daß in der neuen Stadtgemeinde 25 Stadtverordnete und 750 Bezirksverordnete, also zusammen wieder rund 1 000 Personen an hervorragender Stelle im Ehrenamt tätig sein werden, so ist dem Vorwurf die Grundlage entzogen. In Klein-Berlin, das doch die Hälfte der Einwohner Groß-Berlins repräsentiert, werden sogar anstatt gegenwärtig 144 Stadtverordnete noch dem Gesetz voraussichtlich ungefähr die Hälfte der neuen 25 Stadtverordneten und außerdem 270 Bezirksverordnete gewählt.“

Postkam. Wie ließe sich unsere Lebensmittelversorgung bessern? Ueber dieses Thema spricht heute abend 8 1/2 Uhr im Auftrage des Gewerkschaftsvereins Redakteur Manscher, Mitglied der Feststellungskommission, in der Aula des städtischen Realgymnasiums, Kaiser-Wilhelm-Straße.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift liegt der heutigen Postausgabe bei.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Genossenschaft. Reichsbeschläge, die hier namentlich sind und auf Verlangen von Einzelnen revidieren, wollen bis zum 18. 5. 20 während der Dienstdunden im Rathaus, Zimmer Nr. 12 melben.

Reinholdsdorf. Rdr. Augenblicke 200 Gramm Essig, 3 Pakete Mühlmehl (49). Auf den Verkaufsstellen der Kinderkassette A, B und C ab 17. In den amtlichen Verkaufsstellen und den Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft Gerkenmehl, Zwickau, Mühlmehlspeisen und Randsüßwaren.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Monte, 14. Mai:

- Arbeitsgruppe Gewerkschaften, 32-36, 44-45. Abt. Die für heute angelegte Sitzung findet am Dienstag 7 Uhr bei Müllers, Pulverer Str. 24, statt. Heute abend Handzettel verteilt abholen.
 - Groß-Berliner. 7 1/2 Uhr Frauenversammlung Realgymnasium, Ringstraße. Thema: Frauenarbeiten. Referentin: Genossin Dr. med. Venede.
 - Zehlendorf. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im oberen Saal des „Raherhof“.
 - Reichenberg. Dessehlische Wählerversammlung: 7 1/2 Uhr in der Aula der Knaben-Reiterschule, Marktstr. 10/11. Tagesordnung: „Der Kampf gegen die Reaktion“. Referent: Gen. Friedrich Stambler.
 - Königsruhertshausen. 7 Uhr Palastabend Bahnhofshotel Schulz. Ergehen der Mitglieder unbedingt erforderlich.
- Morgen, 15. Mai:
- 4. Abt. 6 Uhr, bei Räder, Steinmeier, 36: Sitzung der Abt. Funktionäre und Vertrauensleute.
 - 19.-22. Abt. 7 Uhr, Funktionärssitzung bei Bauer, Gr. Frankfurter Straße 1.
 - 24. Abt. 7 1/2 Uhr bei Singer Sitzung der Gruppen- und Bezirksführer.
 - 25. Abt. 7 Uhr, im „Verneuhener Schloss“, Verneuhener, Gde. Winger Str.: Sitzung sämtlicher Parteifunktionäre, Betriebsleiter, Vertrauensleute und Ehrenbediente.
 - 33. Abt. 7 Uhr Funktionärskonferenz der Abteilung bei Gilmard, Pulverer Str. 24.
 - 39. Abt. 7 Uhr, bei Berger, Nagelsstr. 21: Außerordentliche Funktionärskonferenz der Bezirksführer und Vertrauensleute.

Gewerkschaftsbewegung

Verbandstag der Bauarbeiter.

4. Verhandlungstag.

In seinem Schlusswort antwortet Röplov-Hamburg auf die Angriffe, die in der Diskussion erhoben worden sind. Wir dürfen nicht Parteipolitik in die Gewerkschaft tragen, sonst kommen wir auch den Differenzen nicht heraus. Wenn der Chemnitzer Verein 1000 M. für die Kommunisten bewilligt, dann sollte auch die Zentralstelle mit dem gleichen Recht zwei Millionen für die S. P. D. und eine Million für die U. S. P. bewilligen. Was würde dazu der Verbandstag sagen? Eingehend schildert Röplov die Einzelheiten, um zum Schluss noch einmal mit kräftigen Worten an das Bewusstsein der Delegierten zu appellieren, die Einheit und Geschlossenheit zu wahren.

Es folgten eine Reihe von persönlichen Bemerkungen. Der Antrag, dem Gesamtverband Entlastung zu erteilen, wird gegen eine Widerheit von etwa 70 Stimmen mit großer Mehrheit angenommen. In namentlicher Abstimmung wird dann die Resolution Höblich mit 210 gegen 11 Stimmen zum Beschluss erhoben. Eine Erklärung, die Hüttmann vorher im Auftrag der oppositionellen Kollegen abgab, besagt, daß die Resolution Höblich der politischen Gewissheit Tür und Tor öffnet, die politische Neutralität sei im gegenwärtigen Zustand der Revolution eine Unmöglichkeit, deshalb können sie auch die Münchener Resolution ab, weil weder der Gewerkschaftsverband noch der Zentralverband diesen Beschluss beschließen hätten. Es sei auch nicht zu erwarten, daß diese Körperlichkeiten es in Zukunft tun.

Der Fall 9 in nützlich beidseitig noch einmal den Verbandstag. Ein Antrag will Winiw für unwürdig erklären und die Wiederannahme von einem Vorkauf eines Verbandstages ablehnen, er sei ausbühlerisch gewesen, wenn er nicht ausgesprochen sei. Die Zulässigkeit des Antrages wird mit großer Mehrheit angenommen.

Brandier-Chemnitz begründet den Antrag mit einer politischen Bemerkung von Winiw Tätigkeit. Röplov spricht dagegen, indem er dazulegen versucht, daß Winiw als Mensch rein

Wirtschaft

50 000 M. Prämien für Anregungen.

Die S. P. D.-Fraktion der Berliner Stadtverordneten hat mit Zustimmung der U. S. P. im Mai vorigen Jahres in Rücksicht auf die wachsenden Selbstbeträge in den städtischen Haushalten verbundene Unternehmungen folgenden Antrag gestellt: Die Verwaltung wolle sich damit einverstanden erklären, daß aus den Vorbehaltsmitteln des Haushaltsplans für 1920 50 000 M. zur Verfügung gestellt werden, aus denen Vergütungen an diejenigen Beamten, Angestellten und Arbeiter der städtischen Verwaltung gezahlt werden, die praktische, technische oder organisatorische Anregungen geben, welche die Ausgaben der betreffenden Verwaltungen und Betriebe verringern.

Der Berliner Magistrat hat nun folgende Grundzüge aufgestellt:

Die Anregungen sind ohne Angabe des Namens des Betreffenden einzureichen. Der Name und die Wohnung sind verschlossen beizulegen. Die Einreichung erfolgt bei der zuständigen Verwaltungsstelle.

Diese prüft die Anregung, ohne den Namen zu nennen, im Verein mit Vertretern der Beamten, Angestellten und Arbeiter. Erscheint die Anregung praktisch verwertbar oder verdient sie auch überhaupt die Gewährung einer Vergütung, so wird sie an die Kommission zur Festsetzung der Vergütung abgegeben. Ist eine weitere Aufklärung nötig, so erfolgt diese durch die Verwaltungsstelle, ohne daß der Name des Betreffenden bekanntgegeben wird. Ist die Anregung praktisch nicht verwertbar, so wird sie zurückgegeben; in dem Bescheid ist mitzuteilen, daß binnen einer Frist von 2 Wochen Beschwerde bei der Kommission zur Festsetzung der Vergütungen erhoben werden kann.

Die Kommission besteht aus 8 Magistratsmitgliedern und 6 Stadtverordneten. Sie entscheidet nach freiem Ermessen darüber, ob und in welcher Höhe eine Vergütung gewährt werden soll.

Für Erfindungen gelten die Bestimmungen in § 9 des Tarifvertrages der Techniker vom 26. September 1919. Wird der Erfinder bei der Anmeldung zum Patent oder Musterrecht von der städtischen Verwaltung unterstützt, so verlängert sich die Zeit, während der die Stadt nach dem Ausschneiden des Erfinders aus dem Dienstverhältnis für die Verwertung des Patents nichts zu zahlen hat, auf 4 Jahre.

Die Grundzüge sind in allen städtischen Verwaltungen- und Arbeitsstellen auszugeben.

Wir bedauern, daß diese in der Rubrik unserer wirtschaftlichen Notlage erscheinende Vortage ein volles Jahr erforderte, um zur Einführung fertig gemacht zu werden. Die Verträge der Stadt sind sozialisierte Betriebe, Gewinne und Zuschüsse gehen zugunsten oder Lasten der Gesamtheit, Beamte, Angestellte und Arbeiter haben ihre Vertrauensleute in den entscheidenden Angelegenheiten. Mit diesem Beschluß ist der Weg gemacht, daß jeder im Dienst der Stadt Stehende zu aktiver geistiger Mitarbeit berufen und der Erfolg dieser Arbeit besonders vergütet wird. Es wäre auch zu wünschen, daß Namen und Leistungen derjenigen, die durch Prämien ausgezeichnet werden, bekanntgegeben würden. Wollen wir auch die egoistischen Zwecke, die die Ausbeutung des Arnen durch den anderen erheben und für die die freie Privatwirtschaft kaum forderbar sind, so wollen wir dafür in der organisierten sozialistischen Wirtschaft die besten Kräfte zur Entfaltung bringen auf einem Wege, wie er hier freigelegt worden ist.

Nun liegt es an den Gliedern unserer Verwaltung, ihr Verbot herauszugeben, damit aus den 50 000 M. recht bald 500 000 M. werden.

Groß-Berlin

Siedlungen auf dem Tempelhofer Feld.

Zur Verringerung der Wohnungsnot in Berlin und Vororten hat der Wohnungsverband Groß-Berlin, obwohl er zunächst nur die Finanzierung von Wohnbauten als seine Aufgabe betrachtet hatte, schon von Mitte vorigen Jahres ab auch mit eigener Bautätigkeit eingreifen müssen. Um schon Wohnungen zu schaffen, legte er Siedlungen von leichten Holzhäusern und Holzparaden an, in denen er bisher im ganzen 650 Wohnungen fertiggestellt hat. Gestern beschäftigten Vertreter von Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden das auf dem Tempelhofer Feld nahe dem Ringbahnhof errichtete Wohnparadenlager und hörten einen Vortrag von Vaurat Deuster über die Arbeit des Wohnungsverbandes.

Die Paraden enthalten teils acht Wohnungen von je einer Etage und Wohnfläche mit zusammen 83 Quadratmetern Wohnfläche für 85 M. Miete, teils zwei Wohnungen von je zwei Etagen und Wohnfläche mit zusammen 50 Quadratmetern Wohnfläche für 50 M. Miete. An jede Parade sind kleine Ställe von zwei Quadratmetern pro Wohnung angebaut; die gemeinsamen Waschläden und Trockenräume liegen in besonderen Gebäuden. Alle Gebäude haben Wasser- und Gasleitung und sind an die Kanalisation angeschlossen. Auf die Wärmedämmung ist besondere Sorgfalt verwendet worden, so daß in diesen Holzparaden sehr bedeutende Ersparnisse an Feuerungskosten zu erwarten sind. Die Umfassungswände bestehen vorwiegend aus beiderseits verklebtem Dachwerk mit doppelter Pappisolierung und Füllung von Lohsmul, Sägespäne oder Schlacke, und alle Räume haben doppelte Fußböden mit einer Dachpappenlage und Decken mit einer Schlackenschicht. In drei gleichartigen Anlagen auf dem Tempelhofer Feld, an der Swalopmunder Straße und in Reinholdsdorf sind zusammen 48 Paraden mit 314 Wohnungen aufgestellt. Von etwas anderer Art sind die vom Wohnungsverband geschaffenen Holzhauskolonien, wie z. B. die auf dem Exerzierplatz an der Schwedter Straße, die auf längere Dauer berechnet sind und den Bewohnern auch Gärten von je 500 Quadratmetern zur Gemüseerzeugung bieten. Im ganzen sind in 8 Siedlungen 150 Holzhäuser aufgestellt, die 600 Wohnungen von je 2 Etagen und Fläche mit zusammen 52 Quadratmetern Wohnfläche für 54 M. Miete enthalten. Außerdem hat der Wohnungsverband vom Reichsheimministerium drei Paradenlager (Adlershof, Niederichthausen, Haselhorst) angekauft und darin 340 Wohnungen eingerichtet.

In seinem Vortrag betonte Vaurat Deuster, daß es in diesem Jahre nicht an Rohstoffen, dagegen am Gelde fehlte. Er wies

An allen Anschlagssäulen

befindet sich die Bekanntmachung des Magistrats, aus der zu ersehen ist, wo die

Reichstagswähler die Wählerlisten einsehen

können. Nur noch Sonnabend von 12-7 Uhr und Sonntag von 10-5 Uhr kann sich jeder vergewissern, ob er am 6. Juni sein

höchstes Staatsbürgerliches Recht

ausüben kann.

hafte. In den politischen Mitteln hat er sich vergriffen, aber darüber hat der Verband nicht zu entscheiden.

Der Antrag wird mit 168 gegen 101 Stimmen angenommen. Ueber die notwendigen Aenderungen des Verbandsstatuts und den dazu vorliegenden über 200 Anträgen referiert Pappas-Damburg.

Da der ganze Stoff bei den Beschlüssen, die zum Statut gefaßt werden, wiederkehrt, so wollen wir heute auf Vortrag und Referat nicht näher eingehen, sondern darüber im Zusammenhang mit den gefaßten Beschlüssen berichten.

Verbandstag der Schneider.

In der Debatte über die Tariffrage für die Konfektions- und Uniformlieferungsschneiderei wendet sich nach den Schlüsselwörtern der Referenten der Vertreter des Gewerkschaftsbundes U m b r e i t-Berlin gegen Ausführungen, die Bisher-Berlin gegen die Kriegs-politik der General-Kommission, über die Technische Hochschule usw. gemacht hat. Vorstandsmittglied Theisinger schließt sich ihm an. Nach Zurückziehung zweier anderer Resolutionen einigt man sich auf eine vom Referenten Schörtl-Stuttgart vorgelegte Resolution, die einstimmig angenommen wird und in der zum Ausdruck kommt, daß der Verbandstag die Neuregelung des Tarifwesens der Konfektionsbranche für unbedingt notwendig hält.

Um eine in allen Punkten durchgreifende Regelung zu erzielen, werden folgende Richtlinien aufgestellt: Einführung eines Reichstundentarifs, aufgebaut auf einfachster Verarbeitung, jede Mehrarbeit ist als Extraarbeit besonders zu erfassen. Die Arbeitszeit für Stücker und alle Nebenarbeiten ist nach der wirklich erforderlichen Durchschnittsarbeitszeit zu bemessen. Bezirkweise Festlegung von den Zeitverhältnissen entsprechenden Stunden- bzw. Wochenlöhnen für alle Arbeiter und Arbeiterinnen. Die aus der Berechnung „Arbeitszeit mal Stundenlohn“ sich ergebenden Löhne sind vom Unternehmer wie Zwischenmeister an alle Arbeiter und Arbeiterinnen zu zahlen und hat der Arbeitgeberverband für die richtige Einhaltung der Löhne durch die Zwischenmeister mitzusehen. Die Löhne des Zwischenmeisters hat der Unternehmer besonders zu tragen. Soweit Arbeiterinnen die gleiche Arbeit leisten wie männliche Arbeitnehmer, sind sie wie diese zu entlohnen. Die Löhne für Zuschneider sind mit der allgemeinen Lohnregelung für die Konfektion festzulegen. Die übrigen Forderungen, wie Go-

rantielohn, Erziehung der Werkstätten, Heimarbeiteraufträge, Verbesserung der Ferienbestimmung, sind bei den genutzten Verhandlungen mitzuziehen. Der Verbandstag beauftragt den Vorstand, zur Erfüllung vorstehender Fragen bestmöglichst Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband anzubahnen und für die Erreichung dieser Punkte energisch einzutreten.

In einer ebenfalls einstimmig angenommenen Resolution Brenneke u. Gen. wird der Verbandsvorstand beauftragt, baldigst den endgültigen Abschluß des Reichstarifvertrages für die Arbeiterkonfektion auf der Basis der bereits an den Arbeitgeberverband dieser Gruppe eingereichten Forderungen herbeizuführen mit der Beschränkung, daß örtliche Zwischenregelungen nur noch einmal erforderlich sind.

Durch einen einstimmig zum Beschluß erhobenen Antrag Fußs und Genossen werden alle Kollegen, die in Reich, Staat oder Gemeinden ein Mandat ausüben, verpflichtet, dafür einzutreten, daß alle Bekleidungsarbeiten für Arbeiter und Beamte, die von genannten Körperschaften bestellt geliefert bekommen, in eigener Regie des Reiches, des Staates oder der Gemeinde auf Betriebswerkstätten hergestellt werden.

Zum Punkt 4e „Das Tarifwesen in der Wäscheindustrie, Kost- und Knawattenfabrikation“ referiert Theisinger-Berlin.

Gewinn-Auszug

15. Preuß.-Stätt. (24. Preuß.) Maschinen-Gewerbe & Klebe. 12. Mai 1920.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

In der Verlosung wurden Gewinne über 240 Mark gezogen.

Table with 2 columns: Gewinnsumme (e.g., 2 Gewinne zu 30000 M 14232) and Gewinnsumme (e.g., 8 Gewinne zu 10000 M 20708).

Table with 2 columns: Gewinnsumme (e.g., 142 Gewinne zu 1000 M 183 1700 2001) and Gewinnsumme (e.g., 4 Gewinne zu 10000 M 14948 15484).

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 240 Mark gezogen.

Table with 2 columns: Gewinnsumme (e.g., 8 Gewinne zu 10000 M 14948 15484) and Gewinnsumme (e.g., 100 Gewinne zu 1000 M 10000 10000).

Zur Beachtung! Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Porto beigefügt.

Verantwortl. für den redaktion. Teil: Walter Räder, Charlottenburg für Anzeigen: H. Glöck, Berlin. Verlag: Formbrun-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Formbrun-Verlag G. m. b. H. Berlin.

Leineweber Berlin C. Köllnische Fischmarkt 4/56. Gleichwertig der besten Maßarbeit: Herren-Sakko-Anzüge M. 1500, 1300, 2100, 2450 sowie in bekannt guter Konfektionsausführung Herren-Sakko-Anzüge von M. 295.- aufwärts. Spezial-Abteilung für Sportkleidung im 2. Stock Sport-Anzüge, imprägn. Loden- u. Dummimäntel für Herren u. Damen.

Bernada Schuh-Gesellschaft. Damen-Hochschaffstiefel . . . 195.- Herren-Stiefel, elegant und haltbar . . 195.- Damen-Spangenschuhe . . 168.- 135.- Kinder-Stiefel . . . 27/30 65.- 31/35 75.-

VERKAUFSTELLEN: Frankfurter Allee 54 Kottbuser Damm 9 Münzstraße 25 Müllerstraße Ecke Ostender Straße Neukölln, Berliner Str. 50 Friedenau, Rheinstr. 35



Waffen im Kampfe gegen die Reaktion = = Ueber alle Fragen der Schulreform Aufklärung durch die Wochenschrift der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer: „Der freie Lehrer“ Abonnementpreis vierteljährlich 3,50 Mark.

Zahn völlig taubl war mein Mann infolge der Zahnkrankheit alopecia areata geworden. Verschiedene sehr teure Mittel hatten keinen Erfolg. Eine weitere hat mich erlöst. Eine weitere hat mich erlöst. Eine weitere hat mich erlöst.

Sind Lungenleiden heilbar? Alle, die an Lungen- und Kehlkopfkrankheiten, Asthma, Schwindel, Brustschmerzen, Apnoe, Verschleimung, veralteten Husten, lange anhaltender Heiserkeit leiden, lassen sich meine ausführliche belehrende Broschüre kostenlos portofrei senden.

Elektro-Motore Photoapparate Reliames-Dynamo-Drücker In- halt, Material samt launlich Bedienungs-Buch, (Preis 4700). Kurze Str. 15 (Hirz-Pl.).

Kleine Anzeigen im „Vorwärts“ sind billig und erfolgreich! kauft zu höchsten Tagespreisen E. Störner, Berlin 50., Admiralstr. 7.

Verkaufe: Beste Wäsche fertig und noch frisch billig, in eigener Werkstatt gearbeitet. Stuhl, Wilhelmstraße 40a. Ruch-Bauernstraße 100.

Wohlfühl-Wohnung (Dronienstraße) 18. Bad, Küche, Veranda, 2 Zimmer, 2 Bäder, 2 Kammern, 2 WCs, 2 Terrassen, 2 Balkone, 2 Loggien, 2 Veranden, 2 Terrassen, 2 Balkone, 2 Loggien, 2 Veranden.

Kaufgesuche: Silber-Schmuck, Goldschmuck, Uhren, Brillen, etc. Silber-Schmuck, Goldschmuck, Uhren, Brillen, etc.

Verstärkung: Verschiedenes, Unterrichts, Arbeitsmarkt. Verstärkung: Verschiedenes, Unterrichts, Arbeitsmarkt.